

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

13 (16.1.1914) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Insgesamt täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 60 P.; an Postämtern 2,10 M. durch den Briefträger 2,50 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Allgemeine Finanzdebatte im badischen Landtag.

Dritter Tag

Der dritte Tag der Finanzdebatte wurde mit einer ziemlich trockenen Rede des Finanzministers eingeleitet. Er ging auf verschiedene im Laufe der Debatte die Staatsfinanzen berührende Fragen des Näheren ein, wobei er sich ganz besonders gegen die Darlegungen des Abg. Kolb wandte. Der Finanzminister hält hartnäckig an der bisherigen Art der Finanzpolitik fest. Er unterstellte dabei ähnlich wie der Staatsminister dem Abg. Kolb Absichten die dieser ausdrücklich abgelehnt hat.

Eine äußerst temperamentvolle, oft lebhaft bewegte auslösende Rede hielt der parlamentarische Führer der Fortschrittler, Abg. Benedek. Mit ätzender Ironie charakterisierte er die Heuchelei der Zentrumspolitik und hob dabei insbesondere hervor, daß eine Partei, die anderen Parteien gegenüber das Prinzip der Gerechtigkeit nicht anerkenne, sich nicht selbst auf dieses Prinzip berufen könne, sofern es ihr gegenüber außer acht gelassen wird. Sehr scharf rechnete er mit der Wahlslogikation des Zentrums und dem Mißbrauch der Weisheiten mit der Religion ab. Hagelgedicht kassierte die Siebe auf das Zentrum und die Wirkung ließ sich deutlich an der auf den Wänden des Zentrums bemerkbaren Aufregung erkennen. Mit entschiedener Energie verteidigte er den Großblock und wies scharf zurück die Haltung der Regierung gegenüber. Angesichts dieser Haltung der Regierung müsse sich die Linke überlegen, ob sie nicht der Regierung gegenüber ihre Haltung ändern müsse.

Den „Fall Bayern“ streifte der demokratische Redner nur kurz, aber um so kräftiger war die Kritik die er am Militarismus übte.

Die gespannte Aufmerksamkeit, mit welcher das Haus die Rede Benedek's begleitete, schlug während der Rede des Sprechers der „rechtsstehenden Vereinigung“ des Abg. Banschbach in forgerückte Heiterkeit um. Der „Fraktionschef“ der Konservativen hat mit seiner gestrigen Budgetrede den politischen Beschäftigungsgrad nicht erhöht. Den Herren vom Zentrum war die Rede dieses politischen Nachbarn sichtlich unangenehm. Herr Banschbach hat seine Ablehnung von den Fragen, über die er sprach, kein Wunder, daß im Haus alle Augenblicke ein Heiterkeitssturm ausbrach, der selbst die Herren auf der Regierungsbank mitriß. Insofern brachte Herr Banschbach, der „Fraktionschef“ der Konservativen, eine angenehme Abwechslung in die Verhandlungen.

Zum Schluß der Sitzung nahm Minister v. Bodmann das Wort. Auch er hielt eine sehr zurückhaltende Rede. Im wesentlichen beschäftigte er sich mit dem sein Refort berührenden Fragen. Die Politik streifte er nur nebenbei. Seine Ausführungen gegen die Sozialdemokratie waren nichts weniger als staatsmännisch. Er berief sich auf seine früheren Ausführungen und kritisierte namentlich die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber der Monarchie. Den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Landtagswahl führt er auf die nationale und monarchische Stimmung der Bevölkerung zurück. Das ist ebenso bequem wie oberflächlich. Allein wir sind es so gewöhnt, daß unsere Regierungsvertreter in der Bekämpfung der Sozialdemokratie sich nicht in allzu große geistige Anstrengungen bemühen.

Morgen beginnt die zweite Garnitur der Etatsredner mit dem Abg. Dr. Schofer. Ihm folgen die Abg. Dietrich und Dr. Franke.

13. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Karlsruhe, 15. Januar.

Präsident Mohrhardt eröffnet die Sitzung um 9,25 Uhr.

Am Regierungstisch: Staatsminister v. Dusch, die Minister v. Bodmann, Dr. Rheinboldt und Dr. Böhm.

Im Eingang befinden sich verschiedene Petitionen, darunter Einführung des Wahlsystems auf der Jagalstraße betr.; Gehalts-, Dienst- und Wohnungsverhältnisse des Wärterspersonals der Staatseisenbahnen betr.

Weiter ist vom Ministerium des Innern eingegangen eine Uebersetzung der Denkschrift über die Einführung der Verhältniswahl bei den Wahlen zur Zweiten Kammer der Ständeversammlung beigegebenen Gesetze der schweizerischen Kantone Tessin, Neuchâtel und Gen. sowie Belgiens.

Fortsetzung der Finanzdebatte.

Finanzminister Dr. Rheinboldt dankt dem Budgetreferenten für die ausführliche Vesperpredigt des Finanzexperten. Es freut mich, daß bezüglich der Finanzpolitik im allgemeinen Uebereinstimmung besteht, mit Ausnahme der abweichenden Ansichten des Abg. Kolb. Der Referent wies mit Recht auf die Gefahren der fortwährenden großen Bahnhofsbauten für unsere Finanzverhältnisse hin. Leider läßt sich insofern keine Ersparrnis erzielen, als die begonnenen Bauten zu Ende zu führen sind. Außerdem sind noch die Bahnhöfe in Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Forstheim, Friedrichsfeld und Litzsee zu bauen. Seit einigen Jahren erscheinen wir jährlich mit größeren Anleihen auf dem Geldmarkt, was unterm Kredit nicht günstig ist. Be-

züglich des Verlangens des Abg. Zehner, den Zuschuß zur Eisenbahnschuldentilgungspasse fallen zu lassen, bin ich der Ansicht, daß dies durch allmählichen Abbau geschehen soll. Der allmähliche Abbau dieses Zuschusses muß auch mit Rücksicht auf die Kulturfragen geschehen, welche die kleineren Staaten verhältnismäßig mehr als die größeren belasten. Anstatt einer Stärkung seiner Eisenbahnverwaltung hat Baden eine Schwächung dieser Verwaltung erfahren. Es muß daher gesehen werden, allmählich die Subventionen fallen zu lassen, um die Eisenbahnen auf eigene Füße zu stellen. Vorstich ist jedoch hier vorzuziehen. Was die Revision des Gehaltstarifs betrifft, so ist die Regierung von der Notwendigkeit überzeugt. Wir werden alle Wünsche prüfen. So viel kann jedoch heute schon gesagt werden, daß, wenn wir allen Wünschen gerecht werden wollen, es nicht ohne Erhöhung der Einnahmequellen abgeht. Ich bin kein Freund der Erhöhung der direkten Steuern. Aber wenn eine Ausgabe als dringlich bezeichnet wird, so muß auch Deckung geschaffen werden. Ich bin der Ansicht, daß bezüglich der Vereinfachung der Staatsverwaltung mandes geschehen kann. Allzu optimistisch bin ich dabei allerdings nicht. Ueber die künftige Gestaltung der Umsatzsteuer befinden sich in den einzelnen Bundesstaaten noch verschiedene Ansichten. Ob wir in Baden auf unseren Anteil von 40 Prozent verzichten können, steht heute noch nicht fest. Wir haben bereits für eine Reihe von Erleichterungen dieser Steuer Sorge getragen. Was den Erbschaftsteuerzuschlag betrifft, den Herr Zehner als unnützlich bezeichnete, so muß ich die Kammer in Schutz nehmen. Die Notwendigkeit dieser Steuern war begründet und es freut mich, daß wir infolge dieser Steuern wieder mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Ich habe bei den letzten Steuern an den Rat des Abg. Zehner gedacht, die Klassen zu füllen, solange Geld da ist. (Heiterkeit.) Diesen Rat habe ich befolgt. Bezüglich der letzten Reichsteuern stimme ich mit Herrn Abg. Zehner überein. Falls der Beibrtrag die angenommene Höhe nicht erreichen sollte, wird die Frage einer Verteilung der Bundesanteile auf. Die Angelegenheit der Matrularbeiträge wird vom Reich von Staat zu Staat mehr durch Gewohnheitsrecht neu geregelt. Ein Fiasco des Beibrtrags könnte allerdings dieses Gewohnheitsrecht ändern. Es wird dabei obnein eine Neuregelung der Frage der Matrularbeiträge nötig. Die Front, die Abg. Rebmann gegen die Uebernahme der direkten Steuern auf das Reich machte, freut mich. Nur möchte ich Herrn Abg. Rebmann bitten, die national-liberale Fraktionstagung zur gleichen Stellungnahme zu bewegen. Einstweilen aber haben wir bereits durch die Beibehaltung der dringenden Bedürfnisse abzuhelfen vermag, wodurch sich die Alpenjournale besser stellen als bei einer anderen Regelung. Es freut mich, daß die Einführung der Kraftfahrzeuge die Zustimmung fand. Eine übermäßige Belastung der Gemeinden wird hierbei nicht beachtet. Wir verlangen von den Gemeinden nur freie Stellung des Geländes, andere Staaten verlangen mehr. In der Staatslotterie erreichten wir nicht das Auerum, das uns zugesagt wurde. Es kommt dies daher, daß wir uns peinlich jeder Melasse enthalten. Wir werden infolge dessen eine Einbuße erleiden. Wieder jedoch eine solche, als das Volk zum Lotteriespiel animieren. Der Abg. Kolb wies darauf hin, daß dem Landtag wieder ein Budget mit einem Fehlbetrag vorliegt. Es ist das kein fingeretes Budget, sondern entspricht unseren Berechnungen. Abg. Kolb hält das Prinzip, die laufenden Ausgaben zu decken, für richtig, aber für den badischen Staat nicht für durchführbar. Wenn der Abg. Kolb meint, daß wir unser Prinzip der sofortigen Deckung nur dadurch aufrechten und konstant, daß wir den Städten zu viele Dinge aufbürden und das Volksschulwesen vernachlässigen, so trifft dies nicht zu. Ich mache nicht mit, wenn Abg. Kolb vorschlägt, Universitätsbauten etc. auf Anleihen zu bauen. Die Zukunft wird noch stärkere Bedürfnisse haben, als die Gegenwart und wird sie befriedigen müssen, insofern wir die Zukunft nicht belasten dürfen. Ich habe jedoch durchaus keine Bedenken, Kosten für wertende Ausgaben auf Anleihe zu nehmen, was das Nützliche beweist. Was den weiteren Vorwurf des Bureaucratismus anbelangt, so geht es eben ohne einen gewissen Formalismus nirgend. Die Leitung unseres Eisenbahnbetriebs ist eine sehr schwere und sehr verantwortungsvolle. Es ist keine Kleinigkeit, einem so großen Apparat vorzustehen. Der Vorstehende der Generaldirektion ist ein sehr gewissenhafter Beamter (Abg. Kolb: Sehr richtig!). Ob es ein Fehler ist, daß ihm das Temperament des Abg. Kolb abgeht, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Die badische Eisenbahnverwaltung wird überall mit Achtung genannt.

Abg. Benedek (F. V.) gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich die Finanzen gebessert haben. Unsere Finanzen sind glücklicherweise so günstig, daß sie es uns ermöglichen, die Kulturaufgaben zu erfüllen. Wenn wir heute fragen, was die Ursache der Feuerung ist, so müssen wir unbedingt den hochschulmännlichen Bestrebungen entgegenreten. Hier kann ich mich nur dem Abg. Kolb anschließen. Hier wäre es Pflicht von Bundesrat und Reichstag, entschieden gegen die Agrarier Front zu machen. Bei dieser Gelegenheit ist es am Platze, gegen das veraltete, ungerechte Reichstagswahlrecht zu protestieren, das der ganzen heutigen Bevölkerungsentfaltung im Gesicht schlägt. Ich halte die heutige Reichstagswahlrechtsteilung nicht nur für ungerecht, sondern sogar für verfassungswidrig. Ich bitte daher die Groß-Regierung, im Bundesrat für eine Neueinteilung der Reichstagswahlrechtsteilung einzutreten. Eine dringende Notwendigkeit ist die Wohnungsreform. Von großer Wichtigkeit ist die Frage des Unterrichtsmeßens. Wenn die Hochschulen viel Geld kosten, so ist dies eine herabsetzende Ausgabe. Auf dem Gebiete der Volksschule sollte viel mehr geschehen als bisher. Es ist bedauerlich, mit welcher geringen Kenntnissen viele die Volksschule verlassen müssen. Empathisch berührte mich der Antrag der Konservativen, die Kosten für die Volksschulen auf den Staat zu übernehmen. Diese Forderung galt bisher als eine Forderung des Jahres 1848. Es freut mich, wenn über Traditionen auf die Konservativen übergeben. (Heiterkeit.) Ich meine, man könnte vorerst die Sache so regeln, daß der Staat ein gewisses Minimum übernimmt. Die Städte und Gemeinden könnten dann je nach Leistungsfähigkeit noch ein Mehr für die Volksschule tun. Eine einseitige Bevorzugung des platten Landes, was die

Abg. Zehner wünschte, kann ich jedoch nicht unterstützen. Dies wäre ein Schaden für die Volksschule. Eine gründliche Umgestaltung der Konstanzer Bahnhofsverhältnisse ist nötig. Wegen neuer Steuern muß auch ich mich entscheiden. Sollen wieder neue volksbelastende indirekte Steuern kommen? Ich spreche es aus, daß, wenn wieder neue Steuern kommen, dies nur direkte Reichsteuern sein können.

Ich spreche es hier als meine persönliche Ansicht aus, daß ich mich nicht von der Berechtigung der letzten deutschen Mittelsvorlage überzeugen kann. Wenn Deutschland nicht gerüstet hätte, so hätte dies auch Frankreich nicht. Soll denn mit dem wahnhaften Betrüben so lange fortgefahren werden, bis die Staaten zusammenbrechen? Ich spreche dies aus wahrer Vaterlandsliebe aus und ich habe mein Vaterland so lieb als irgend ein anderer. Die Staaten sollten sehen, zu einer Verständigung über das Tempo der Rüstungen zu kommen, wie es neulich Minister Lord Georges in England ansprach. Nur der Weg der internationalen Verständigung kann uns vor einer Katastrophe bewahren. Man sprach früher vom französischen Chauvinismus; heute haben wir in Deutschland einen blühenden Chauvinismus, der von den Vertretern der staatsverhaltenden Parteien ausgeht. Wenn wir Blätter wie die „Post“ usw. lesen, so benehmen wir Löwe, die an den preussischen Junkerhochmut von 1806 erinnern, nicht an 1813. In dieser Hinsicht müssen wir den Vorgängen im Reich eine größere Bedeutung zumessen. Ich bitte die Regierung, in diesem Sinne zu wirken. Die Groß-Regierung würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie gleich der bayerischen Regierung eine Erklärung abgeben würde, im Sinne des Friedens zu wirken. Auf die Vorgänge in Bayern werden wir bei Behandlung der sozialdemokratischen Interpellation zu sprechen kommen. Die vorgekommenen Dinge sind sehr bedauerlich. Die Sache wäre durch ein energisches Vorgehen rasch zu befeitigen gewesen. Dies geschah jedoch nicht. Statt sich an die Soldaten zu halten, sollte man an die Quelle gehen. Wie bei einem wunden Körper geben kleine Fragen zu großen Folgen Anlaß. Wir sehen viel im Hintergrunde, wir sehen den Kronprinzen und wir sehen bei alledem nicht, daß der deutsche Michel Anstrengungen macht, daß der Zustand befeitigt wird, den Willen eines Einzigen entscheiden zu lassen. Nicht im Berliner Schloß werden die wichtigsten politischen Fragen behandelt, sondern in Donaueshingen auf der Hasanenjagd!

Die Aufhebung des Jesuitengesetzes entspricht meiner persönlichen Ansicht. Trotzdem muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß der Jesuitennorden auf gewalttätige Weise durch Drohungen und durch Scheiterhaufen, Ferkelungen machten. Wenn man bedenkt, wie das Zentrum vor sechs Jahren in Bayern mit den Sozialdemokraten Wahlschäfte machte, so berührt es sonderbar, daß das Zentrum heute im gleichen Bayern darauf dringt, daß die Staatsarbeiter Gewerkschaften unterschreiben müssen, daß sie nicht den Gewerkschaften angehören. Die moralische Grundlosigkeit wird so beim Zentrum zum Prinzip gemacht. Vom Staat kann man nicht verlangen, wie es Abg. Zehner wünschte, daß er für Förderung einer Religion eintritt, die eine Minderheit der Bevölkerung darstellt.

Das Ergebnis der Landtagswahlen brachte trotz der günstigen Verhältnisse für die Rechte der Linken 185 000 Stimmen gegen 145 000 der Rechten. Trotzdem läßt sich nicht bestreiten, daß eine Stärkung der Rechten zu verzeichnen ist. Vor allem ist es der religiöse Einfluß des Zentrums, der die Wahlschäfte besorgte. Alles bisher dagewesene wurden überboten. Wenn besondere Missionen abgehalten werden und wenn man die Absolution davon abhängig macht, daß ein Wähler keine sozialdemokratische Zeitung liest, so ist das ein Vorgang, der unter keinen Umständen vorkommen sollte. Wie lange sollen wir noch aus Staatsmitteln die Zentrumsagitatoren bezahlen?

Der Mißerfolg der Linken beruhte vor allem auf dem Rückgang der Sozialdemokratie. Der Herr Staatsminister sagte gestern wieder, daß er sich nicht auf die Sozialdemokratie stützen konnte, weil sie das Budget verweigerte. Wenn die Sozialdemokratie das letztemal das Budget verweigerte, so geschah es aus berechtigten Gründen und selbst wenn der angegebene Grund der Budgetverweigerung nur ein Vorwand war, so war es unklug von der Regierung, der Sozialdemokratie durch eine ungerechte Behandlung den Vorwand zu liefern. Eine weitere Ursache der Verschiebung bildet die händliche Verdrängung des Großblocks durch einzelne Stellen und die Bekämpfung durch die Regierung. Ich möchte einmal die „liberale Politik“ sehen, die das Staatsministerium mit der Reaktion macht. Nur dem Eingreifen des Großblocks und der Mitarbeit der Sozialdemokratie verdankte die Regierung die Durchführung der wichtigsten Gesetze im letzten Landtag. Das Zentrum suchte dagegen durch unerfüllbare Anträge Verwirrung zu schaffen. Die Groß-Regierung muß die Konsequenzen aus der jetzigen politischen Lage ziehen. In der Stellung der Regierung zum Verhältniswahlrecht erblide ich ein Zutragchen. Ich dachte, daß der Verfasser der Denkschrift zum Proporzwahlrecht zu einem andern Resultat kommen würde, als es geschah. Der Proporz bildet die einzige Lösung. Nur er bringt uns aus dem Dilemma des Großblocks. Wer den Großblock nicht will, muß den Proporz wollen. Wir verlangen, daß die Regierung sich zu einer liberalen Politik bekennet und sich auch in diesem Sinne betätigt und das ist die Politik des Großblocks! (Beifall.)

Abg. Banschbach (Kons.): Es ist selbstverständlich, daß sich ein Protestant der Klosterfrage abliehrend gegenüberstellen muß. Wir wollen hoffen, daß der Reichsmarschall zeitig weiter vollenendet werde. Ich kann es nur begrüßen, daß Oberst von Reutter uff. freigesprochen wurde. Bei den einzelnen Universitäten könnte man vielleicht die eine oder andere Fakultät wegfallen lassen. Unter liberaler Aera wurde die Volksschule als Achenbrödel behandelt. Bei unserm Antrag auf Uebernahme der Volksschule auf den Staat wünschen wir, daß die großen Städte die Volksschulen selbst zahlen. Die Bälle müssen aufrechterhalten werden. Auf Rahm sollte ein Zoll gesetzt werden. Bei der Wahlrechtsteilung sollte man zur früheren Einteilung zurückkehren, nicht zu neuen Einteilungen. Durch Ausnutzung der Wasserkräfte hätten schon

Achtung!
am hiesigen
ge eine
sferei
in fortschritt-
et haben.
rednern
Ber's Maul)
prechen, das
gen Militär-
Volkrechte,
mmung, für
ift bei Auf-
spartei.
insbesondere
sh!
Benden
matisch
ute, daß
daß er
Selbst-
eigen-
hauptet
reibung,
gegen-
nißten
erendes
Auf-
und
Leit-
sch doch
Stid.
ruhe
ing.
Bege zu
och im Hofe
fährt wird,
nd Stadtrat
h).
be.
mich jetzt in
Position mit
lich mehr-
ontrakt be-
ich einen
kosten
atten
ner Kra-
it u. Rest-
aus meiner
ögensver-
Stidstadt-
zu jedem
en Gebot
efflaschen,
aus den
elbstkosten-
marken.
an die

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Januar.

Am Bundesratsitz ist Staatssekretär Dr. Delbrück erschienen. Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 1.10 Uhr. Eingegangen ist eine Interpellation der Fortschrittlichen Volkspartei betreffend die kriegsgerichtlichen Verhandlungen in Straßburg. Diese Interpellation soll mit den den gleichen Gegenstand behandelnden sozialdemokratischen Interpellationen beraten werden. — Auf Anfrage erklärt Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Reichslangier ist bereit, beide Interpellationen zu beantworten, sobald das gegen die beteiligten Offiziere schwebende Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend die Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Zur Begründung führt Direktor Caspar aus: Seit Einführung der allgemeinen Sonntagsruhe, nach der man für das Handelsgewerbe, besonders für die Nahrungsmittelbranche, eine beschränkte Arbeitszeit zugelassen hat, ist der Wunsch nach weiterer Beschränkung, ja nach gänzlichem Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe wiederholt hervorgetreten. Besonders die kaufmännischen Angestellten erklären die bestehenden Zustände für unzulänglich und erheben die Forderung nach voller Sonntagsruhe ohne Ausnahme für einzelne Sonntage. Der jetzige Gesetzesentwurf sieht als Höchstbeschäftigung in öffentlichen Verkaufsstellen drei Stunden fest. Nur in einzelnen Fällen dürfen Ausnahmen gestattet werden. Ich bitte um Annahme des Entwurfs.

Abg. Bender-Verburg (Soz.): Unsere Forderungen auf ein gänzliches Verbot der Sonntagsarbeit sind zu schonen geworden. Die Vorlage stellt eine Verböschung der Handelsangelegenheiten dar. Die Ausnahmebestimmungen bleiben bestehen und den Sozialbehörden und der Polizei bleibt es unbenommen, Ausnahmen zuzulassen. Dagegen wenden wir uns entschieden. Wir verlangen eine definitive Regelung der Sonntagsruhe im Gesetze selbst. Deshalb will die Regierung nicht auch für Kontore die Sonntagsruhe einführen? Eine Schätzung der Kaufmannschaft ist nicht zu befürchten.

Abg. Erberger (Zent.): Wir sind von jeher aus religiösen und sozialpolitischen Gründen für möglichste Ausdehnung der Sonntagsruhe eingetreten. Man wird sich zu fragen haben, ob nicht für die Industrie eine stündige Sonntagsruhe von Samstag nachmittags sechs Uhr an eingeführt werden kann. Die Vorlage ist zu schablonenhaft. Die große Dampfwaale geht von der Berliner Zentrale über alle Gänge des Vaterlandes. (Sehr gut! Getreuer!) Die völlige Sonntagsruhe würde in manchen Gegenden den völligen Ruin des Mittelstandes bedeuten. 80 Prozent der Gesamteinnahme entfallen hier oft auf die Sonntage. Die Folge wäre das Entweichen großkapitalistischer Unternehmungen und das Nennen Sie (zu den Sozialdemokraten) dann natürliche Entwicklung. Bevor man dem Mittelstand neue Lasten aufbürde, sollte man seine dringende Forderung erfüllen, allenfalls wäre eine Abstufung zwischen Groß-, Mittel- und Kleinhandl. möglich. Wir wünschen Hebung der Sonntagsruhe zur Vorbereitung der Gewerbeordnungsnovelle.

Abg. Vitz (natl.): Die Entwicklung der Sonntagsruhe darf nicht gewalttätig herbeigeführt werden. Die Vorlage bedarf einer grundsätzlichen Umarbeitung. Die Herabsetzung der Arbeitszeit in offenen Verkaufsstellen auf drei Stunden und in Kontoren auf zwei Stunden ist eine durchaus erfreuliche Verbesserung. Wir begrüßen auch die Beschränkung der Zulassung einer zehnwöchentlichen Sonntagsarbeit auf sechs, und unter beschränkter Verhältnissen auf zehn Sonntage als einen erheblichen Fortschritt. Wir hoffen, daß in der Kommission ein brauchbares Gesetz zustande kommt.

Abg. Graf Carmer-Bieseritz (kons.): Eine allgemeine Sonntagsruhe, so wünschenswert sie im Prinzip wäre, sind allenfalls in den Großstädten möglich, nicht aber auf dem Lande. Dem kleinen Kaufmann wird durch die Warenhäuser schon heute eine arge Konkurrenz gemacht. Diese Entwicklung sollte nicht weiter gefördert werden.

Abg. Günster (fortschr. Vp.): Bei einigem guten Willen ließe sich aus dieser Vorlage etwas Gutes schaffen. Die Anhänger von Ladengeschäften würden unter einer vollständigen Sonntagsruhe zu leiden haben. Kunden dieser Geschäfte würden nach den Warenhäusern abwandern. Nur ein schrittweises Vorgehen kann hier vorwärts bringen. Dem Wunsch der Angehörigen auf völlige Sonntagsruhe vermögen wir in diesem Augenblick noch nicht zuzustimmen.

Abg. Dambek (Soz.): Eine völlige Sonntagsruhe ist mit Rücksicht auf den Mittelstand noch nicht denkbar.

Abg. Warmuth (Rp.): Eine Differenzierung der Städte in solche von weniger als 100 000 Einwohnern und größere Städte würde eine angemessene Regelung der Frage ermöglichen.

Abg. Mumm (Wirtsch. Vgg.): Es hat 25 Jahre gedauert, bis das Gesetz gekommen ist und da sollte ein erheblicher Schritt vorwärts getan werden. Eine Sonntagsheiligung ist nur möglich durch die vorangegangene Einführung der Sonntagsruhe. Die Bevorzugung der jüdischen Geschäftsleute hat für uns die größten Bedenken. Die Vorlage muß in Verbindung mit dem Hausgesetz beraten werden.

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr verlagert. Vorher: Kleine Vorlagen, scheinbarer Antrag der Nationalliberalen auf weitere Hinausschiebung des Termins zur Abgabe der Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag. Schluß 6 Uhr.

Deutsche Politik.

Eine neue große Militärvorlage in Sicht.

Der bayerische Kriegsminister hat am Dienstag abend in der Kammer auf eine Anfrage des Liberalen Müller-Hof wegen der Gerüchte, daß demnächst eine halbe Milliarde für Neubewaffung der Feldartillerie gefordert werden sollte, geantwortet: „Wenn der Abgeordnete von mir Erläuterungen verlangt, daß keine neuen Forderungen für Bewaffung und Ausrüstung der Armee mehr kommen werden, dann muß ich zu meinem Bedauern erklären, daß ich und wohl kaum irgendwo ein Kriegsminister eine solche Erklärung abgeben kann. Eine Armee muß technisch auf der Höhe der Zeit bleiben, und kein Minister kann auch nur auf fünf Jahre voraus sagen, welche Fortschritte die Technik auf dem Gebiete des Militärs bringt und in welche Zwangslage eine Heeresverwaltung durch die Erfindungen der Technik veretzt sein kann.“

Die Erklärung des Kriegsministers wird allgemein als eine Ankündigung aufgefaßt, daß in der Tat eine große Artillerievorlage bevorsteht, gegen die sich also die wiederholte Warnung des bayerischen Ministerpräsidenten gerichtet hat. Dieser aus zentrumsagitatoren Bedürfnissen veranlaßte Protest des Grafen Hertling gegen weitere Rüstungen hat bei dem Kriegsminister offenbar keine Begünstigung gefunden.

Fünfjährige resultatlose Beratung der Arbeitslosenversicherung.

Am 5. November 1908 beschäftigten sich die Kasseler Stadtväter auf Grund eines sozialdemokratischen Antrags zum ersten Male mit der Frage der kommunalen Arbeitslosenversicherung. Am 4. Mai 1909 wurde beschlossen, der

Magistrat möge die Einführung einer Arbeitslosenversicherung in Erwägung ziehen. Der Magistrat lehnte ab. Am 4. November 1909 beschloßen die Stadtväter trotzdem einstimmig, eine Kommission einzusetzen mit dem Auftrag, die Arbeitslosenversicherungsfrage eingehend zu erörtern. Vier Jahre lang tat diese Kommission indessen nichts. Als sie in der zweiten Hälfte des Jahres 1913 endlich zusammentrat, erklärte ihr Vorsitzender, Bürgermeister Jochims, er lege den Vorbehalt nieder, sobald die Kommission positive Beschlüsse fassen sollte. So entschied die Kommission, weiterhin nichts zu tun, und am 12. Januar 1914 erstattete sie den Stadtverordneten endlich Bericht über ihre „Arbeit“ vierjährigen Nichtstuns. Resultat: wie der Magistrat, so empfiehlt auch die Kommission, keine Schritte zur kommunalen Lösung des Arbeitslosenversicherungsproblems zu unternehmen, da diese Lösung zu finden Sache des Reiches sei. Mit erdrückender Mehrheit stellten sich am 12. Januar ds. Js. die Stadtverordneten auf den gleichen Standpunkt. Glat abgelehnt wurde auch der von unseren Genossen gestellte Antrag, von einer Kommission eine Vorlage zwecks Einführung der Arbeitslosenversicherung ausarbeiten zu lassen. Glat abgelehnt wurde schließlich auch unser Unterantrag, zur sofortigen Unterstüzung Arbeitsloser 10 000 M. bereitzustellen.

Keine Revision im Reutterprozeß?

Der „Deutsche Kurier“ will erfahren haben, daß im Prozeß gegen den Oberst v. Reutter vom Gerichtsherrn auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet werden wird. Maßgebend für die Entscheidung ist die Erwägung, daß auf Grund des vorliegenden Tatsachenmaterials auch das Oberkriegsgericht nur zu einem freisprechenden Urteil gelangen würde, andererseits durch eine abermalige Aufrollung des Prozesses nur den preußenfeindlichen Elementen gedient werden würde.

Nach einer weiteren Meldung desselben Blattes aus Straßburg beabsichtigen sämtliche Unterstaatssekretäre gemeinsam mit dem Staatssekretär ihr Abschiedsgesuch einzureichen, wenn der Statthalter Graf Bedel seinen Abschied nimmt. Die Unterstaatssekretäre werden an dieser Absicht wahrheitsgemäß auch dann festhalten, wenn Graf Bedel im Amte bleibt und der Staatssekretär Hr. Jörn von Sulach seinen Abschied nimmt.

Unter den vielen Gratulanten zur Freisprechung des Obersten von Babern befindet sich auch der „Nationale Verein für Nordhaußen, Grafschaft Hohenstein“. Der Vorstand sandte nämlich folgendes Telegramm:

„Dem mannhaften und furchtlosen Vertreter der Armee und des Deutschtums in den Grenzlanden, dem Wäher der Autorität gegenüber der Willkür des Pöbels sendet herzlichste Glückwünsche zur Freisprechung.“

Der Nationale Wahlverein Nordhaußen und Kreis Grafschaft Hohenstein.“

Bekanntlich wurde in Babern auch ein Landgerichtsrat und ein Staatsanwalt festgenommen. Ein Staatsanwalt war aber auch Kandidat des gratulierenden Vereins bei der letzten Landtagswahl. Hat der Vorstand des Vereins hieran gar nicht gedacht, als er die „Willkür des Pöbels“ in Babern feinsagelte?

Der Fall Babern in der bayerischen Abgeordnetenkammer.

Beim Kapitel Militärjustizverwaltung kam am Mittwoch in der Kammer der Genosse Süßheim auf den Straßburger Prozeß gegen den Oberst v. Reutter zurüd. Die Verhandlungen hätten nichts mehr mit Recht zu tun gehabt, sondern seien lediglich eine Bekundung militärischer Interessensolidarität gewesen. Die Militärjustiz trug keine Binde, sondern ein Monopol, kein Wunder, daß sie einseitig sah. Der Redner legte dar, daß auch in Bayern die Militärgerichte verschieden urteilen, je nachdem es sich um Offiziere oder um Soldaten handelte. Er forderte die völlige Befreiung der militärischen Sondergerichtsbarkeit, die nur ein Urteil der Richter in eigener Sache darstellte. Von Seiten der Militärverwaltung wurde die unterschiedliche Behandlung bestritten. Ein Erlaß der Militärjustizverwaltung aus dem Jahre 1910 habe ausdrücklich verfügt, daß zwischen Vorgesetzten und Untergebenen in der Militärjustiz kein Unterschied gemacht werden dürfe.

Eine amtliche bayerische Erklärung zum Fall Babern.

Die „Staatszeitung“ berichtet am Mittwoch auf Veranlassung des Kriegsministers ihre Notiz, daß in Bayern das Militär befugt sei, auch ohne Requisition der Zivilverwaltung die Waffen zu gebrauchen. Das preussische Recht gelte nicht für Bayern, und das amtliche Blatt fügt hinzu:

„Selbst in Bayern kann nach Titel 9 § 6 der Verfassungsurkunde und nach § 1 des Gesetzes vom 4. Mai 1851 das Einschreiten der bewaffneten Macht zur Erhaltung der geschlichen Ordnung betreffend die Armee zur Erhaltung der inneren Sicherheit oder der geschlichen Ordnung nur dann einschreiten, wenn sie von der zuständigen Zivilbehörde förmlich dazu aufgeboten worden ist.“

Badische Politik.

Die Rede des Genossen Koll

bei der allgemeinen Finanzdebatte findet auch in der gegnerischen Presse Anerkennung. Nur der „Bad. Beob.“ kann es sich nicht verkneifen, das was Genosse Koll unter Zustimmung aus allen Parteien über gewisse Zustände in Beamtentum sagte, zu entstellen, um dadurch die Beamten gegen die Sozialdemokratie mobil zu machen. Dabei haben die bezüglichen Ausführungen Kolls gerade die lebhafteste und sehr deutlich zum Ausdruck gekommene Zustimmung auf den Banken des Zentrums gefunden und Abgeordnete des Zentrums wie der anderer bürgerlichen Parteien haben dem Genossen Koll persönlich versichert, daß diese Darlegungen einmal notwendig waren und daß sie deshalb mit denselben durchaus einverstanden seien. Genosse Koll hat nicht die ganze Beamtenenschaft kritisiert, sondern bestimmte Kreise derselben und er hat das auch ausdrücklich hervorgehoben. Allein es gehört nun einmal zu den Gewohnheiten der Zentrumsjournalistik, den politischen Gegner zu denunzieren und ihm

falsche Unterstellungen zu machen. Darüber regt man sich schon lange nicht mehr auf.

Wie schwer es unsern politischen Gegnern wird, unsere grundsätzliche Stellung zu begreifen, dafür liefert der Karlsruher Berichterstatter der „Straßb. Post“ einen klassischen Beweis. Er schreibt über die Rede Kolls:

Dieser Führer der badischen Sozialdemokratie ist einer der fesselndsten Redner des Hauses, das ihm auch sofort willig das Ohr lieh, und seine temperamentvollen Ausführungen und Ueberreibungen, die die Gegner oft zum Widerspruch reizten und ihm bei dem Ausdruck „Parodie eines Gerichts“ für das Straßburger Kriegsgericht eine Rüge des Präsidenten eintrugen, brachten bald Bewegung in den etwas einförmigen Fluß der Verhandlungen. Was man zu hören bekam, war in der Hauptsache eine sozialdemokratische Programmrede, die mit dem Etat herzlich wenig zu tun hatte, aber eine Programmrede des reformistischen Sozialismus, der dem bürgerlichen Linksliberalismus weit näher steht, als dem eigenen Parteiprogramm. Abg. Koll geht in seinen Redereien außerordentlich weit, so weit, sich gegen den Vorwurf mangelnder nationaler Gesinnung aber antimonarchischer Betätigung sehr unempfindlich zu zeigen. Mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgte das ganze Haus des Redners scharfe, aber offenbar sachkundige Kritik an der Organisation der Staatsverwaltung, besonders an den Zuständen in der Generaldirektion der Staatsbahnen — wo jeder Beamte sein eigener Generaldirektor sei — und man hatte den Eindruck, daß man bei allen Parteien dem Redner dafür dankbar war, daß er das heisse Thema, mit dem man sich selbst nicht gern befaßt, einmal gründlich zur Sprache brachte.

Eine sozialdemokratische Programmrede, die dem Linksliberalismus näher steht als dem sozialdemokratischen Programm. Kann man einen größeren Unfinn verzapfen? Genosse Koll hat die sozialistische Theorie von der gesellschaftlichen Entwicklung mit aller nur wünschenswerten Klarheit vorgetragen, eine Theorie, die mit dem Linksliberalismus so viel wie nichts gemein hat. Daß in dieser Beziehung innerhalb der Sozialdemokratie keinerlei irgendwie Differenzen bestehen, scheint der Berichterstatter der „Straßburger Post“ nicht zu wissen. Er verwechselt die Theorie mit der Taktik. Nicht weniger sinnlos ist die Behauptung von den sozialdemokratischen Redereien, die Koll in seiner Rede verbrochen haben soll. Es ist nicht wahr, daß er sich gegen den Vorwurf der antimonarchischen Gesinnung sehr empfindlich gezeigt hat. Was Koll in dieser Beziehung sagte, war, daß die republikanische Gesinnung der Sozialdemokraten kein Grund sein kann, sie außerhalb der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung zu stellen. Man sieht aber an diesen Beispielen, wie schwer es unsern Gegnern wird, auch wenn sie nicht gerade gehässig sind, sich in unsere sozialdemokratischen Gedankengänge hineinzufinden.

Die evangelische und katholische Kirchenbehörde zum Dotationsgesetz.

Der, wie mitgeteilt, der zweiten Kammer zugegangene Entwurf eines Gesetzes über die Aufbesserung geringbezahlter Pfarrer aus Staatsmitteln enthält in seiner Begründung einen interessanten Abschnitt, in welchem die beiden oberen Kirchenbehörden, der Evangelische Oberkirchenrat und das Erzbischöfliche Ordinariat sich zu der Weiterführung der Dotation aussprechen. Sie äußern darin die dringende Bitte, die nach dem Gesetz vom 18. Mai 1899 bisher geleisteten Staatszuschüsse auch weiterhin zu gewähren und die Geltungsdauer des Gesetzes vom Ablauf des Jahres 1914 an auf 10 Jahre, sonach bis zum Ende des Jahres 1924 zu verlängern.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat dabei hervorgehoben, daß die Evangelische Landeskirche „in große Verlegenheit, ja in Bedrängnis käme“, wenn der bisherige Staatszuschuß mit dem Ende des Jahres 1914 wegfiel. Denn wenn auch anzuerkennen sei, daß die Landeskirchensteuer sich im allgemeinen günstig entwickelt habe, so dürfe doch auf der anderen Seite nicht übersehen werden, daß bei dem ständigen Steigen der Ausgaben für die sonstigen kirchlichen Bedürfnisse und bei der naturgemäßen Erweiterung des Kreises dieser Bedürfnisse mit einer stetig wachsenden Inanspruchnahme der Kirchensteuerermittel zu rechnen sei. Der Wegfall oder die Herabsetzung des Staatsbeitrags müßte daher sofort zu einer Steigerung der Landeskirchensteuer bis zur staatlich erlaubten Höchstgrenze führen. Auf eine solche Maßnahme aber müßte die Kirche, wenn sie nicht selbst ihren Bestand in ernste Gefahr bringen wolle, für absehbare Zeit verzichten.

Auch das erzbischöfliche Ordinariat hat gegen eine Erhöhung der Kirchensteuer, so notwendig eine solche auch zur Befriedigung zahlreicher weiterer, bisher mangels Mittel zurückgestellter kirchlicher Bedürfnisse wäre, wesentliche Bedenken, weil eine solche Belastung des an sich finanziell weniger gut gestellten katholischen Volksteils durch Kirchensteuer angeht, der bestehenden steuerlichen Belastung durch Staat, Gemeinde und Kirche, in weiten Kreisen eine weder im Interesse des Staates noch der Kirche gelegene Mißstimmung gegen die öffentlichen Abgaben im allgemeinen und die für kirchliche Zwecke erhobenen im besonderen hervorgerufen geeignet sei und dadurch zu einer Schädigung kirchlicher Interessen führen könne. Das Erzbischöfliche Ordinariat will aus diesen Erwägungen auch „an den bisherigen Einkommenslagen für die Pfarrer festhalten, wiewohl eine Erhöhung an sich begründet wäre.“

Der Wehrbeitrag.

Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt: Nach § 38 Abs. 2 des Wehrbeitragsgesetzes und § 20 Abs. 5 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats hat der Wehrbeitragspflichtige bei nicht rechtzeitiger Abgabe der Vermögenserklärung — neben der etwa bewirkten Geldstrafe — einen Zuschlag von 5 bis 10 vom Hundert des geschuldeten Wehrbeitrags zu entrichten, falls nicht die Umstände des Einzelfalles das Verümmnis als entschuldbar erscheinen lassen. Es wird deshalb allen, die Vermögenserklärungen abzugeben haben, dringend empfohlen, die zur Abgabe der Erklärungen allgemein gesetzte Frist (Schlußtag 20. Januar) oder, wenn jemanden die Frist verlängert worden ist, diese weitere Frist genau einzuhalten und die Erklärung so zeitig abzugeben, daß sie am Schlußtage der Frist in den Händen des Steuerkommissärs ist; denn der Zuschlag bei jeder, also auch bei nur geringfügigen Fristüberschreitungen ansteht.

Der Konstanzer Krematoriumsprotokoll.

Von der Zentrumsleitung in Konstanz war für Montag Abend die bereits vor Weihnachten angekündigte Protestversammlung gegen den Bau einer Leichenhalle mit Krematorium nach dem katholischen Vereinshaufe einberufen worden.

Die katholische Bevölkerung erblickt in dieser Verbindung eines Krematoriums mit einer städtischen Leichenhalle unter Einführung des Leichenhallenzwanges eine Unterstützung antichristlicher Bestrebungen, eine rücksichtslose Verletzung des katholischen Empfindens, ein beständiges Vergernis und einen unerträglichen ja ungeschlichen Gewissenszwang gegen die Katholiken und damit eine dauernde Störung des dem christlichen Volke teuren Gottesackerfriedens und der Eintracht der Bürger der Stadt Konstanz.

Mehr Unheil kann man sicher nicht in bestimmte Aussicht stellen. Wie wird sich der Geist des „seligen“ Johannes Fuß freuen, daß die Kleriker von heute so gewaltig gegen die Verbrennung von Menschen wettern.

Schwarze Räubergeschichten.

Aus Offenburg schreibt man uns: Im „Christlichen Familienblatt“ ist es seit Jahren fromme Sitte in abernen Erzählungen darzulegen, wie überliche, leichtsinnige Menschen sozialdemokratischer Gesinnung auf dem Sterbebett sich durch geistlichen Zuspruch bekehren und als letztes Wort vor sozialdemokratischem Umgang warnen.

Aus dem Landtag.

Budgetkommission

Die Budgetkommission setzte gestern nachmittag ihre Beratungen beim Budget des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten fort. Für den Oberstaatsanwalt ist ein Hilfsarbeiter angefordert. Die Titel Ministerium und Geheimen Kabinets fanden unbeanstandete Annahme.

Der Wahlkampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis.

Sozialdemokratische Wahlversammlungen

Am Sonntag, 4. Januar, sprach Landtagsabgeordneter Gen. Weber-Durlach in Sand in einer sehr stark besuchten Wählerversammlung. Weber führte den Anwesenden nach einem 1/4stündigen Vortrag die Bedeutung der bevorstehenden Wahl vor Augen.

Abends 8 Uhr sprach Gen. Weber in Willstätt bei Galtwirt Leicht. Diese Versammlung war nur schwach besucht. Auch hier erntete der Redner lebhaften Beifall.

Berner waren am Sonntag, 11. Januar, in Regelschurk und Kork Versammlungen vorgehen. In Regelschurk konnten wir jedoch keine Versammlung abhalten, da infolge der Gemeinderatswahl, die Samstag zuvor stattfand, die nötige Stimmung dafür nicht vorhanden war.

Am Montag, 12. Januar, abends 8 Uhr, fand nochmals eine Versammlung in Willstätt statt mit dem Referenten Gen. Geiler aus Mühlhausen. Dieser erntete nach einem längeren Vortrag stürmischen Beifall.

Zabern vor dem elsass-lothringischen Landtag.

Strasbourg, 15. Jan. Die Zweite Kammer setzte heute vormittag die Verhandlung über die Vorgänge in Zabern fort.

Wolf (lib.) führt aus: Es sei eine völlig unhaltbare Rechtsauffassung mit Erfolg vertreten worden. Die Rechte des Militärs müßten reichsrechtlich festgelegt werden. Wird gegen die freigelegten Urteile keine Berufung eingelegt, so würde dies einen Bruch des Bannes von Donauverschiebung bedeuten.

Müller (Centr.) vermißt den entscheidenden Ton in der Regierungserklärung. Die Presse habe in dem Fall Zabern voll und ganz ihre Pflicht getan. Die „Wades“-Geschichte des Leutnants von Forstner sei durchaus nicht als ein Einzelfall zu betrachten.

Ag. Schlumberger (Lothr. Volk) gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß es mit der Ehre der Regierung unvereinbar sei, wenn sie ihren Mißrat räume.

In der Nachmittags-Sitzung wurde die gestern von den vier Parteien der Kammer betreffend die Vorgänge in Zabern eingebrachte, zu der Regierungserklärung Stellung nehmende gemeinschaftliche Resolution unter 168stimmen einstimmig angenommen.

Schwurgericht.

Schwurgericht.

§ 218 St.G.B., den er gegen eine Bezahlung von 100 Mk. in Lieboldsheim an einem 19jährigen Dienstmädchen vorgenommen hat.

In heutiger Sitzung beschäftigte das Schwurgericht die Verhandlungen der Anklage gegen den am 3. März 1878 zu Strasbourg geborenen Feisur Ernst Kochmann wegen Wohnungsbauverbrechen.

Der Vorsitz der Verhandlung führte Landgerichtsrat Baumgartner. Vertreter der Anklage war Staatsanwalt R. Humann. Die Verteidigung war Rechtsanwalt Geiler übertragener.

Der Angeklagte ist wegen Verhülfe am gleichen Verbrechen verurteilt; auch von der hiesigen Strafkammer wurde er vor einiger Zeit wegen eines ähnlichen Falles bestraft.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig und verurteilten ihn die Züchtigung mit dem Strick.

Das Urteil lautete demgemäß auf 5 Jahre 2 Wochen Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. 2 Monate und 2 Wochen Untersuchungshaft werden abgerechnet.

Ein Freispruch. Der 36 Jahre alte Wagner Gottfried Vogt aus Simbolsheim, der beschuldigt war, am 20. April v. J. der 63 Jahre alten Witwe Katharina Lauer, die in seinem Hause Wohnrecht hatte, Salzjäre in den Kaffee geschüttet zu haben, um sie aus dem Weg zu räumen, wurde vom Mannheimer Schwurgericht von der Anklage des Mordversuchs freigesprochen.

Schwere Strafe für Brandstifter. Das Schwurgericht in Mannheim verurteilte den 37jährigen Maurer Freitag aus Unterbach wegen Brandstiftung zu zwölf Jahren Zuchthaus. Der Maurer Freitag hatte, wie noch erinnerlich, in Königshofen an der Tauber im Laufe der letzten Jahre 5 Brände gelegt, denen 10 Wohnhäuser und 13 Scheunen zum Opfer gefallen waren.

Kommunalpolitik.

* Fortschrittliches aus Forstheim. Der „Bad. Landesbote“ bringt über die letzte Bürgerausschüßung einen Bericht, der wir nur deshalb herbeizufügen, weil in demselben einige Nichtigkeiten enthalten sind. So behauptet der Artikel, daß der frühere Bürgermeister 700 Mark infl. Nebenspeisen bezogen habe. Tatsache ist, daß in diesem Gehalt die Nebenspeisen nicht mitbegriffen waren.

Neues vom Tage.

Giftmordprozess Hopf.

Frankfurt a. M., 14. Jan. Die bemerkenswerteste Vernehmung des heutigen Vormittags im Prozess Hopf war die der Frau Wüß, die 14 Tage lang in Nieder-Rheinstadt bei Hopf war. Sie beobachtete, daß Hopf seiner Frau in zweiter Ehe, Johanna, er eine Tasse Tee gab, etwas hineintat, und bemerkte, daß die Frau nach dem Genuß von Tee sich heftig erbrach.

Frankfurt a. M., 15. Jan. Als Hauptzeugin wurde heute morgen Frau Wally Hopf, die dritte Frau des Hopf, vernommen. Sie gab an, daß es ihr unheimlich gewesen sei, daß ihr Mann sie mit einer solch hohen Summe in die Lebensversicherung eingekauft habe und daß sie sich bemüht habe, ihn zu bestimmen, herauszugeben.

In der Nachmittags-Sitzung wurde die gestern von den vier Parteien der Kammer betreffend die Vorgänge in Zabern eingebrachte, zu der Regierungserklärung Stellung nehmende gemeinschaftliche Resolution unter 168stimmen einstimmig angenommen. Das Haus ging dann zur Beratung der sozialdemokratischen Interpellation betreffend die Streikvergehen in Mühlhausen über.

Der Vulkanbruch in Japan.

Tokio, 14. Jan. Bei dem ersten Ausbruch des Vulkans auf der Insel Sakurajima, der seit 130 Jahren untätig gewesen war, veranlaßten die Behörden die Bevölkerung, die Stadt Kagosjima zu räumen. Truppen wurden ausgedient. Das Erdbeben wiederholte sich alle drei bis fünf Minuten. Ein Flüchtling, der nach Kagosjima kam, erzählte, daß er in Kagosjima über 200 Erschütterungen gezählt habe.

Tokio, 15. Jan. Der erste Flüchtling aus Kagosjima ist gestern Abend hier eingetroffen. Er berichtet folgendes: Die unterirdischen Geräusche und Ausbrüche begannen am 10. Januar. In der Nacht schlief niemand, vielmehr stellten alle Leute Lebensmittel bereit, um am 11. Januar zu fliehen.

7000 Menschen umkommen. Tokio, 16. Jan. Die Zahl der infolge des Vulkanausbruchs auf der Insel Sakurajima ums Leben gekommenen Menschen wird jetzt auf 7000 angegeben. Alle fremden Missionare sind in Sicherheit; die Nahrungsmittel fast knapp.

Aus der Partei.

Leitungsausschuss, 15. Jan. Sozialdem. Verein. Unsere diesjährige Generalversammlung findet am Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 4 Uhr, in der „Atrone“ statt.

Aus dem Lande.

Parteiversammlung. Am Samstag, 17. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, findet im Parteilokal eine Parteiverammlung statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, die Versammlung zu besuchen.

Auf in die Volksversammlung!

Erste Zeiten sind für die Arbeiterschaft und das freigeitlich geeinte Bürgertum angebrochen. Unter dem Schlagtrutz „Schutz des Arbeitswilligen“ versucht ein rücksichtsloses Scharfmacher- und Unternehmertum den Arbeitern ihre wenigen Rechte noch zu schmälern, wenn nicht ganz zu rauben.

Die staatsbürgerlichen Rechte sind in Gefahr! Wie auf der einen Seite die wirtschaftliche Freiheit der Arbeiterschaft durch die Pläne der Scharfmacher Gefahr droht, so ist auf der andern Seite nicht minder die staatsbürgerliche, politische Freiheit der Bürger und der Arbeiter durch die Militärdiktatur bedroht.

Da gilt es Protest zu erheben. Wer nicht die Anebelung der Arbeiter durch Ausnahme- und Zuchthausgesetz will, wer keine Diktatur des Offiziersstabs will, sondern geordnete, friedliche Zustände, der ersuche Sonntag morgen 10 Uhr in der öffentlichen Versammlung im Koloosseum. Es werden sprechen: Landtagsabgeordneter Rich. Wöttger-Mannheim über: Erhaltung und Erweiterung des Koalitionsrechts.

Veranstaltungen.

Arbeiter-Radfahrerverein „Reichshaus“, Sektion Ruppurr. Morgen Samstag abend findet im „Kaiser Friedrich“ die Christbaumfeier statt, verbunden mit Kinderbesprechung und Gabenverteilung. Da auch für weitere Unterhaltung musikalischer und geselliger Art gesorgt ist, so wollen den Besuchern einige unterhaltende, gemütlige Stunden. Die Arbeiterschaft Ruppurr wird zu dieser Veranstaltung freundlichst eingeladen.

Koloosseum. Heute Freitag, 16. Januar, beginnt das Gastspiel der „Egl-Wühne“, Direktion Ferdinand Egl aus Innsbruck, mit dem Morzeschen Volksstück „Pater Jacob“. Morgen Samstag wird die Tragikomödie von Herbergen „Widwaiser“ gegeben, Sonntag mittags 4 Uhr „Die Solandauerin“ und abends 8 Uhr „Im Himmelst“. Sämtliche Stücke sind Novitäten für Karlsruhe. (Siehe auch heutiges Inserat.)

Feibelberg, 15. Jan. Der Verdacht, daß die beiden in Osterburden verhafteten Kirchenräuber, zwei Italiener, auch die Kirchenraubzüge in Feibelberg verübt haben, bestätigt sich. Die beiden Italiener haben längere Zeit in der Feibelberger Weilstadt gewohnt. Sie waren einige Zeit beim Feibelberger Bahnbau beschäftigt. Der Verhaftete 23jährige Marosi hat auch die Kirchenraubzüge in Feibelberg eingestanden. Der Italiener Freßl, welcher auf seiner Flucht vom Güterzug absprang, ist noch nicht ermittelt.

Aus der Stadt.

Mintheim. Die Monatsversammlung des sozialdem. Vereins findet am Samstag, 17. Januar, abends 1/9 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Stadterordneten Eberhardt über das Thema: „Die Aufgaben der Stadtverwaltung in den eingemeindeten Vororten.“ Wir erjuchen die Genossen, zahlreich zu erscheinen.

Letzte Nachrichten.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin. Berlin, 15. Jan. Infolge der Kälte hat die Zahl der Besucher der Arbeitslosenliste während der ersten 14 Tage des Jahres zum erstenmal an mehreren Tagen die Zahl von 5000 überschritten. In München stellten die sozialdemokratischen

Referenten in mehreren Arbeitslosenversammlungen fest, daß 3 St. in München etwa 10 000 Arbeitslose gezählt wurden. Indirekt litten etwa vierzigtausend Menschen unter dieser Arbeitslosigkeit.

Ein neuer Gesetzgeber.

Dresden, 14. Jan. Kronprinz Georg vollendet morgen sein 21. Lebensjahr. Er wird damit großjährig und tritt gemäß der Verfassung als Mitglied in die Erste Kammer der Ständeverammlung ein. — Der König hat aus diesem Anlaß 35 Strafgefangenen im Alter von nicht 21 Jahren die Freiheit geschenkt und bei zwei Verurteilten gleichen Alters Erlass der Strafe einzuwirken lassen. Ferner hat der König einige Disziplinarstrafen gegen Angehörige des Leibgardebattalions Nr. 100 und des 5. Infanterieregiments Kronprinz Nr. 104 erlassen.

Auflösung der Sobranje.

Sofia, 14. Jan. Die Auflösung der Sobranje erfolgte nach einer fünftägigen Sitzung, während derer die Gruppen der Opposition aus verschiedenen Gründen die Annahme der zwei provisorischen Budgetwörter abgelehnt zu müssen erklärten. Der Ministerpräsident verlas um Mitternacht den Auflösungsbescheid, der mit der Arbeitsunfähigkeit der Kammer begründet ist.

Streikbewegung in Südafrika.

Johannesburg, 14. Jan. Wie vor einigen Tagen so scheiterte auch heute ein Versuch der Polizei den Sekretär des Gewerkschaftsverbandes Bain festzunehmen dem Widerstand der Streikenden. Ein während dieses Zusammenstoßes abgefeuerter Schuß soll nach den Einen von den Streikenden in dem Gewerkschaftshaus, nach den Anderen von der Polizei abgefeuert worden sein. Infolge dieses Vorfalls wächst die Spannung. Das Gewerkschaftshaus ist verbarrikadiert. In Venoni hat heute Vormittag die Volksmenge zwei Verhaftete gewalttätig befreit. Die Lage ist ernst.

Johannesburg, 14. Jan. 7 Uhr abends. Die Führer der Arbeiterpartei erklären, daß sie eine eigene Polizei zur Aufrechterhaltung während der Dauer des Streiks organisieren werden. Sie wollen auf jeden Fall die Verwundung von Truppen vermeiden. In einer von Tausenden besuchten Versammlung erklärten die Arbeiterführer, daß sie gewinnen müßten, um die Anwendung von Gewalt zu vermeiden.

Kapstadt, 14. Jan. 9.30 Uhr abends. 50 Mechaniker der Maschinenanlagen im hiesigen Hafen, sowie 20 Kranführer sind in den Ausstand getreten. Man erwartet, daß die Doodarbeiter gleichfalls die Arbeit niederlegen werden. In den White River Werken streifen 324 Mann. Man glaubt, daß der Rest der Arbeiter, die sich zurzeit noch ruhig verhalten, in den nächsten Stunden die Arbeit niederlegen. Jeder verfügbare Mann der Miliz ist unter Waffen. Aus den nördlich gelegenen Kohlenbergwerken gehen ununterbrochen Kohlenzüge, die überladen sind, nach dem Süden ab, um die Häfen mit Kohlen zu versorgen. In den bedrohten Bezirken, wo schwarze Arbeiter verwendet werden, bilden sich Ausschüsse von bewaffneten Bürgern, um für jeden Aufstandsversuch gerüstet zu sein.

Johannesburg, 14. Jan. 11 Uhr abends. Heute Abend wurde der Generalfreik erklärt. Premierminister Botha hat die Erlaubnis erhalten, die in Südafrika stehenden Reichstruppen zu gebrauchen, falls sich die Notwendigkeit dazu ergeben sollte.

Johannesburg, 14. Jan. 12.30 Uhr nachts. Die Erklärung des Generalfreiks durch die Arbeiterschaft ist durch die Regierung mit der sofortigen Proklamierung des Kriegsrechts beantwortet worden.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Naturfreunde.) Morgen Samstag abend präzis halb 9 Uhr in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, Generalversammlung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist notwendig. 6725
- Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 18. Januar, Besichtigung der Kunsthalle, Gemäldegalerie und plastischen Sammlung (unentgeltlich). Zusammenkunft 1/2 Uhr Hans Thomaststraße. 6726
- Karlsruhe. (Arbeiter-Radfahrerverein „Solidarität“.) Sonntag, 18. ds. Mts., Beteiligung an der Weihnachtsfeier der Sektion Ruppurr um 8 Uhr im „Kaiser Friedrich“. 6724
- Karlsruhe. (Brauerei- und Mühlenarbeiter.) Heute Freitag abend 8 Uhr im „Reichshaus“ wichtige Vertrauensmännerversammlung. 6704
- Ruppurr. (Arbeiter-Radfahrerverein.) Diejenigen Mitglieder, welche Nichtjäger sind, werden gebeten, am Samstag abend im Vereinslokal zu erscheinen. 6702 Die Sektionsleitung.
- Mintheim. (Sozialdem. Verein.) Am Samstag den 17. d. M., abends halb 9 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal. 6078
- Bruchsal. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Pfalz“ Jahresgeneralversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Funktionäre. 6709
- Weingarten. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 17. Jan., abends 9 Uhr, im „Lamm“ Vortrag des Genossen Trinkl über Heinrich Heine. Die Parteigenossen und Volksfreundlicher sind hierzu mit der Bitte um zahlreiches und pünktliches Erscheinen freundlichst eingeladen. 7618
- Ettlingen. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Penske Jahresgeneralversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Funktionäre. 6709
- Gaggenau. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Vollshalle“ Jahresgeneralversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Funktionäre. 6709
- Hörden-Obernstadt. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Sonntag den 18. Januar, vormittags 1/2 10 Uhr, im „Anker“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen Paul Hurschig. 6709
- Forst a. Rhein. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Sonntag den 18. Januar, mittags 3 Uhr, in der „Atrone“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen L. Müdert. 6709
- Bretten. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Engel“ Jahresgeneralversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Funktionäre. 6709

Eine bewährte Methode zur Desinfektion der Mund- und Nasenhöhle.

In der rauhen Jahreszeit ist die Gefahr der Erfältung und die Aufnahmefähigkeit für die Bakterien der sogenannten Erkältungskrankheiten am größten. Infektionskrankheiten, wie Diphtherie, Scharlach, Euphus und andere, werden bekanntlich dadurch hervorgerufen, daß die Keime mit der Atmungsluft, durch die Nahrung oder Hände in die Mundhöhle gelangen. Als Schutz vor Ansteckung bewähren sich die Formamint-Tabletten der Firma Bayer u. C. e., Berlin. Sie machen beim Aufgehen im Munde den Speichel zum Desinfektionsmittel, das in alle Faltchen der Schleimhäute eindringt und die dorthin gelangten Krankheitskeime vernichtet.

Wir verweisen ausdrücklich auf den der heutigen Nummer beiliegenden Prospekt.

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe.

Sonntag, den 18. Januar 1914, vormittags 10 Uhr, im „Colosseum“, Waldstraße 16

Öffentliche Volks-Versammlung.

In derselben sprechen die Landtagsabgeordneten

Herr Richard Böttger

über:

„Die Erhaltung und Erweiterung des Koalitionsrechtes“

und

Herr Wilhelm Kolb

über:

„Volksrechte oder Militärdiktatur?“

Bürger! Arbeiter! Die wichtigsten Volksrechte sind in Gefahr. Erhebt Euer Stimme zugunsten einer umfassenden Erweiterung Eurer Rechte, kommt in Massen in die Versammlung.

Der Vorstand.

Bekanntmachung!

Platzmangel zwingt mich, einen grossen Posten bedeutend reduzierter Waren abzustossen.

Zirka 1000 Paar Schuh-Waren aller Art.

Kaufen Sie bei mir sparen Sie Geld.	Filzschallentiefel zu aussergewöhnlich billigen Preisen	Ledersohlen, Absatzfleck mit Ledervorderkappen
Hier ein Beweis!	27-30 2.98 31-35 3.65 holzgenagelt.	27-30 88 31-35 98 Damen 125

Grosser Posten Rest- u. Einzelpaare Herren- u. Damenstiefel teils Goodyear Welt und gedoppelt zur Hälfte des früheren Wertes

Nie wiederkehrend. Angebot kräft. Rindbox-Oessentiefel 27-30 2.98 31-35 3.65 holzgenagelt.

Billiges Angebot in Kamelhaar-Schuhen. 21-26 27-30 31-35 36-42 43-48 68 98 138 175 198 teils Kamelhaar u. reine Wolle

Ein beachtenswertes Angebot! Ausnahmepreise!

Fein Box Hakenstiefel, Lackkappe, Derbyschnitt, eleganteste Formen Mk. 7.95 | Echt Chevreaux-Schnürstiefel, Derbyschn., Lackkapp. ganz neue Form. Mk. 5.50

Ein grösserer Posten Tanz-Schuhe, in allen Farben, teils etwas angestaubt, von 50 Pfennig an.

Gamaschen in allen Farben, sowie ein Restposten in Strümpfe zu Schleuderpreisen. 6713

C. Korintenberg

Kaiserstr. 118.

36 eigene Geschäfte.

Arbeiter-Gesangverein „Harmonie“ Karlsruhe.

Am Sonntag den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal zum „Philister“, Baumeisterstrasse 54, unsere diesjährige

ordentliche Generalversammlung

statt. Tagesordnung wird im Lot. I bekannt gegeben. Wir ersuchen unsere verehrlichen Mitglieder pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verein Ortsverwaltung Karlsruhe.

Sonntag den 18. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im „Rheinkanal“, Rheinstrasse 42, unsere

jährliche Generalversammlung

statt. Hierzu laden wir die Kollegen und Kolleginnen freundlichst ein. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang vorzulegen. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität

Mitgliedschaft Berghausen. Am Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, findet im Lot I „zur Kanne“ unsere ordentliche

General-Versammlung

statt. Anträge hierzu müssen bis längstens Freitag, den 16. Januar beim Vertrauensmann schriftlich eingereicht werden. Um vollzähliges pünktliches Erscheinen bitten wir.

Der Vertrauensmann.

Meine Büro-Räume befinden sich nunmehr:

Herrenstr. 58, parterre nächst der Amalienstrasse.

Heinrich Klumpp

Verbandssekretär

Rechts- und Verwaltungs-Büro.

Telephon 2645.

Bekanntmachung.

Von Montag den 19. d. M. ab wird die Station Karlsruhe-Festplatz ausser Betrieb gesetzt und an deren Stelle der neue provisorische Endbahnhof der Albtalbahn an der neuen Bahnhofstrasse für den gesamten Personen-, Gepäck-, Eppreßgut-, Tier- und Güterverkehr (auch für Wagenladungen) in Betrieb genommen. In dem Fahrplan und in den Fahrpreisen und Frachten tritt durch diese Verlegung eine Aenderung nicht ein.

Karlsruhe, 15. Januar 1914.

Badische Lokol-Eisenbahnen, Aktiengesellschaft Die Direktion.

Sie sparen Geld

beim Einkauf Ihrer

Schuhwaren

im

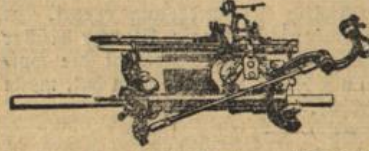
Inventur-Ausverkauf

vom

Schuhhaus Münzner

Südstadt: Werderplatz 34.

Mühlburg: Rheinstr. 12.



Der beste Erwerb für Hausindustrie ist ihrer vielen Vorteile wegen meine

Strickmaschine

Unserordentliche Leistungsfähigkeit, große Nadelersparnis, Vermeidung von Fallmaschinen, große Plasterparnis. Strickunterricht gratis.

Bestandteile liefern Garne und nehme die fertige Ware ab.

4896

Karl Ehrfeld,

Karlsruhe, Kaiserstrasse 99. - Telephon 1000

Gelegenheitskäufe!

Große Posten

Jacquarddecken, Betteppiche für große Betten passend per Stück Mk. 2.30 2.40 2.60 2.80 3.— 3.50 4.— 4.50 5.— 5.50 6.— 6.50 7.— 7.50 8.— 9.— 10.— 11.— 12.—

Kamelhaardecken in großer Auswahl.

Sehr lohnend für Wiederverkäufer. Lagerbesuch ohne Kaufzwang.

Arthur Baer, Kaiserstrasse 133 1 Treppe hoch. Ede Kaiser- und Kreuzstrasse, Eingang bei der kleinen Kirche.

K. F.-C. Phönix

(Phönix-Alemannia) e. V. Sportplatz links d. Rheintalbahn entlang. - Telephon 1898. Sonntag, den 18. Januar, vorm. 10 1/2 Uhr: IV. Mannschaft gegen Konkordia Karlsruhe III. Mannschaft.

Nachm. 1 Uhr: V. Mannschaft gegen Konkordia II. Mansch. 1/3 Uhr: Konkordia Karlsruhe gegen V. f. B. Gaggenau. Entscheidungsspiel r. Klasse C. Eintritt 30 Pfg. 2002

Anmeldungen zur Tanzstunde werden bis längstens Montag, den 19. d. Mts., im „Löwenrauchen“ entgegengenommen.

Fussball-Club Mühlburg

Verein für Rasenspiele e. V. - Gegr. 1905. (titl. d. Verb. st. d. Fussball-V. Samstag, den 17. Januar 1914 Spielerversammlung.

Sonntag, den 18. Januar 1914 1. Mannschaft gegen Kickers Stuttgart, Beginn 1/3 Uhr. 2003 2. Mannschaft gegen F. G. Ettlingen I. Beginn 1 Uhr.

Sehr billig abgegeben: Kost neuer guter Handschuhwinterrantel 12 Mk., schöner Wajstisch 6 Mk., Frauen-Winterkaps 5 Mk., fast neuer Grammophon mit mehrer. Doppelschallplatten zu 18 Mk., befeuert Rührbad von Bert. von. Giffon., 6 Stühle, Stoffdruckstuhl hart, 4 Mk., engl. Bettst. m. Patentrost. 10 Mk. 17. 1 Treppe hoch.

Heute im Café Bauer Strauß-Millöcker-Suppé-Abend.

Lehrstelle gesucht!

Ein schulentlassener Junge aus achtbarer Familie sucht Stelle als Schlosser od. Mechaniker. Zu erfragen n. Nr. 6715 in der Exped. des „Volksfreund“

Vorteilhafte Einkäufe

in nur la und billigeren Keru- fohleder, Croupous und Häften, Wsch coupons und Häften, Halsternhülle, Vor- schmitte und Seilen, Rind- Raupen- und Schafleder ver- schiedener Art, Schäfte, Werk- zeuge für Schuhmacher und Sattler, Beugleder, Rips- und Riemenleder, fertige la. la Kernledertreibriemen, Näh- reimen und Verbinden, Leder- fordel, Le erlitt, Adhäsions- und andere fetze, Dese, Holz- Riemenfäden, Bindfäden, Gurten u. a. m. bei

Carl Göb Gebelstr. 15, beim Rathaus.

Verloren

wurde in der Marienstrasse ein feid. Herrenschirm mit weißem Beintriff. Gegen gute Belohnung abzugeben in „Schwarzwaldhof“.

Gedr. aber gut erhalt Gummi- reifen auf Winderwagen, zu kaufen gesucht. Wilhelmstr. 15, 616.

3 Serien moderne Blusenseide

Nur solange Vorrat. Reinseiden gestreift Taffett, Messaline, Paillette, Louisine, Taffettmusseline etc. zum Ausschuchen ausgelegt. Es befinden sich darunter Qualitäten, welche regulär einen doppelten bis dreifachen Wert haben.

Serie I Wert bis 2.00 jetzt Meter	95	Serie II Wert bis 2.75 jetzt Meter	1.45	Serie III Wert bis 3.25 jetzt Meter	1.75
---	-----------	--	-------------	---	-------------

Besichtigen Sie bitte unser Schaufenster.

Schmoller

Inventur-Verkauf.

Ueberzieher (wenig getragen) von A. 4. — an **1.20** (wenig getragen) von A. 4. — an **1.50**
Anzüge (wenig getragen) von A. 4. — an **1.50**
neue Mäntel zu jedem annehmbarem Gehalt, einz. Damen, Herren, Joppen sehr billig. 6062
Gelegenheits-Kaufhaus Werderstraße 15. Samstag geöffnet nur abends von 6^{1/2} bis 9 Uhr.

Eilt! Garantiert!
31. Januar Ziehung der **Grossen 8-Badener Geld-Lotterie**
2165 Geldgew. ohne Abzug **23000 Mk.**
Hauptgewinn **10000 Mk.**
Soldatenheim-Lotterie des Bad. Regiments Nr. 112 1917 G. 10 Gewinne bar ohne Abzug Ziehung sicher 28 Februar **10000 Mk.** Hauptgewinn **4000 Mk.**
8 Badener Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 Mk. Soldatenheim-Lose à 10 Pfg., 11 Lose 5 Mk. Porto und Liste je 25 Pfg. empfiehlt Lotterie-Unternehmer **J. Stürmer**
Strasbourg i. E., Langstraße 107. Filiale: Kohl u. Ha., Hauptstr. 47. In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/16, E. Flöge

Kellnerin, junge, tüchtige, auch Stellung zur Haushilfe oder ständig; zu erf. b. König, Luitpoldstr. 62, h. Stb. 2. L.

Pfannkuch & Co.
10% Rabatt auf 6722

Konserven
10% auf unsere Listenpreise. Verlangen Sie bitte in unseren Filialen Konservenlisten.

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H. In den bekanntesten Verkaufsstellen

Freie Turnerschaft Karlsruhe.
Sonntag, den 18. Januar 1914
Tanzausflug nach Durlach (zur „Blume“) wozu die verehrl. Mitglieder nebst Angehörigen freumtl. einlad. werden. Abmarsch 8 Uhr vom Durlacher Tor. Der Tururat. NB. Mittags 1/3 bzw. 1/2 Uhr Fußballwettkampf der 1. und 2. Mannschaft gegen Durlach 1. und 2. in Durlach. 6616

Bund Badischer Vereine für Kanarienzucht und Vogelschutz
unter Leitung des Ersten Karlsruher Vereines für Kanarienzucht mit Vogelschutz u. Pflege. E. V.

12. große Ausstellung von **Kanarienzucht, Sing- und Ziervögeln etc.** verbunden mit Prämierung u. Kanariemarkt am 17., 18. und 19. Januar 1914 im grossen Saale des Café Nowack, Eingang Etlinger Strasse. Mit der Ausstellung ist verbunden ein reichhaltiger Glückshafen — Los à 20 Pfg. — dessen Gewinne aus feinen Kanarien, Papageien und der Vogelliebhaberei zweckdienlichen Käfigen bestehen.

Geöffnet: Samstag von vorm. 9 bis abends 8 Uhr
Sonntag „ „ 11 „ „ 8 „
Montag „ „ 9 „ „ 8 „
Eintritt: 20 Pfg., Kinder in Begleitung Erwachsener haben freien Zutritt. 6700

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch auf“
Sektion Müppurr

veranstaltet am Sonntag, den 18. Januar 1914, seine erste **Christbaum-Feier** verbunden mit Kinderbescherung und Gabenverlosung in der Restauration zum „Kaiser Friedrich“, wozu wir unsere Freunde und Gönner freundlichst einladen. 6701
Die Sektionsleitung.

Räumungs-Ausverkauf. Um Raum für die Frühjahrsware zu bekommen, so verkaufe ich sämtliche Kleider wie **Herren-Ülster** mit **20%** Nachlass
„ **Paletots** „ **20%** „
„ **Pelerinen** „ **30%** „
Knaben-Ülster, Paletots, Pelerinen bis zu **50%**.

Konfektions-Haus „Merkur“
60 Kaiserstrasse 60
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Eisbahn im Stadtgarten.
Freitag den 16. Januar 1914, nachmittags von 3—5 Uhr **Konzert**

einer Abteilung der Artillerie-Kapelle Nr. 14. Zu dem Eintrittsgeld für die Eisbahn, das beträgt: 20 Pfg. für eine Dauerkarte für den Winter, die auch zur Benutzung der städtischen Eisbahn außerhalb des Stadtgartens berechtigt. 2 Pfg. wird ein Musikzuschlag von 10 Pfg. erhoben (für Erwachsene und Kinder). Die Eisbahnarten sind nur in Verbindung mit Stadtgartenarten gültig. 6711

Waldstr. 16/18. **Colosseum.** Telephon 1938. Ab heute Freitag, den 16. Januar: **Gastspiel der EXL-Bühne.** Direktion: Ferdinand Exl aus Innsbruck. Beginn der Vorstellungen täglich abends 8 Uhr. Spielplan für die Zeit vom 16. bis inkl. 19. Januar: Freitag, den 16. Jan.: Novität! **Paier Jacob.** Ein Volksstück in 3 Akten von Moree. Samstag, 17. Jan.: **Wildwasser.** Tragikomödie in 3 Akten von Herrlegen. **Grosser Lacherfolg.** Sonntag, 18. Jan. nachm. 4 Uhr: **Die Salonbäuerin.** Schwank in 4 Akten von Willhardt. Abends 8 Uhr: **Novität: Im Himmelhof.** Tiroler Volksstück in 4 Akten von Willhardt. **Grosser Lacherfolg!** Montag, 19. Jan.: **Die Wildkatze von Hollergrund.** Tiroler Volksstück mit Gesang und Tanz von Willhardt. Weiterer Spielplan folgt Montag, den 19. Januar. Bitte Ausschneiden. Colosseums-Kasse täglich vormittags 21—12^{1/2} Uhr und 1 Stunde vor Beginn der Vorstellung geöffnet. 6707

Karnevalgesellschaft „Fidele Geister“
Sonntag den 18. d. M., nachm. 4^{1/2} Uhr beginnend, findet im neu renovierten brillant beleuchteten Saale zum „Ritter“, Kronenstr. 46, unsere **1. Große Damen- und Fremdenziehung** mit darauffolgendem Ball statt. — Auftreten nur erstklassiger Württenredner. 6710
Eintritt 30 Pf. Karrenmühe u. Niederbuch obligatorisch. Freunde und Gäste herzlich willkommen. Der Elfer-Kat.

Während unserm **Inventurausverkauf** sind die Preise für sämtliche Sorten **Schuh-Waren** bedeutend zurückgesetzt. **Winter-Schuhwaren** um damit vollständig zu räumen, bis **50%** im Preise ermässigt. **Schuhhaus „Hansi“**
Karlsruhe, Telefon 1627 6618
Ecke Markgrafen- und Kronenstrasse.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Eheschließungen. Ludwig Niedinger von Rotenfels, Sanitätssegeant hier, mit Karoline Häring von Rotenfels. — Aug. Maurer von Weiffelbach, Schutzmann hier, mit Veronika Schlid von Scheinfeld. Geburten. Pauline Margarete, v. Paul Herrmann, Versicherungsinspektor. — Ernst Karl, v. Max Kammüller, Maschineninspektor. — Hilba, v. Karl Sauter, Reisender. Todesfälle. Marie Waldmann, Witwe von Leopold Waldmann, Rechnungsrat, 49 J. — Wolf Maier, Chemann, Kaufmann, 62 J. — Peter Geiger, Wirt, 50 J. — Dr. Harry Streifmann, ledig, Einj.-Freim. Arzt, 27 J. — Anna, alt 1 J., v. Oskar Schneider, Schleifer. — Heinrich Sassebach, ledig, Rang-Adjutant, 61 J.

Pfannkuch & Co.
Mageres **Dörrfleisch** pro **1.05** Mk.
Echte **Frankfurter Würstel** Ser. 3 Paar **75** Pfg.
Sauerkraut Pfund **6** Pfg. 10 Pfd. **55** Pfg.
Linzen 6720 per Pfd. **15, 20, 25 u. 30** Pfg.
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H. In den bekanntesten Verkaufsstellen

Die Nummern **79, 119, 124, 136, 150, 153** des „Volkfreund“ werden gegen Vergütung gesucht Abzugeben in der Exped. ion.

Verkaufe und Kaufe fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebt. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Jagdgebisse, Pfandkette, Möbel, Reisekoffer. — **Erstes größtes Antiquar- u. Verkaufsgeschäft Levy** — Hauptstr. 22, Tel. 2015.
Schöne 3 Zimmerwohnung im 2. Stock mit Wasser und Gas auf April zu vermieten. 6664
Näheres Pöggfeld, Wilhelmstr. 2.
2 Maskenkostüme Bl. cum weißer Bierette (einmal getragen) zu verl. Hauptstr. 02, 2. St.
Kodelschlitten (Dabos) noch gut erhalten billig zu verkaufen. Sofienstr. 13, 4.

Getragene u. neue Herren- und Damenkleider Weiszeug, Uhren, Möbel kauft man am allerbilligsten und besten bei der altbekanntesten Firma **W. Waier**, 5918
Marktgrafenstrasse Nr. 16.

Pfannkuch & Co.
Obst: Westindische **Bananen** Pfund **32** Pfg.
Orangen Etüd **4 bis 10** Pfg.
Äpfel 6721 3 Pfd. **45 u. 50** Pfg.
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H. In den bekanntesten Verkaufsstellen



Saison-

Ausverkauf

Während der letzten 5 Tage müssen eine grössere Menge Waren, die wir aus allen Abteilungen aussortiert haben

ohne Rücksicht auf den früheren Preis ausverkauft

werden, benützen Sie daher in Ihrem eigenen Interesse diese

Seltene Kauf-Gelegenheit!

Kostüme	Damen-Mäntel	Blusen	Kostüm-Röcke
Kostüme blau 27.- 19.- 13⁵⁰	Mäntel blau . . 12.75 9.50 4⁵⁰	Blusen reiche Auswahl 1.65 1.25 90³	Röcke grosses Sortiment 3.75 2.40 1⁹⁰
Kostüme engl. Art 19.- 14.50 9⁵⁰	Mäntel engl. Art 18.- 12.50 9⁵⁰	Blusen moderne Façons 2.90 2.40 1⁹⁰	Röcke moderne Streifen und Caros . . . 5.75 4.50 2⁹⁰
Kostüme engl. Art 43.- 32 24⁰⁰	Mäntel engl. Art 29.- 24.- 19⁰⁰	Blusen Seide und Tüll 8.50 5.25 3⁹⁰	Röcke blau und schwarz 5.75 4.50 3⁹⁰

4 Einheits-Preise:

Damen-Mäntel engl. Art	5⁷⁵	Kostüme engl. Art	9⁵⁰	Kostüm blau, reine Wolle	12⁵⁰	Damen-Mäntel beste Qualitäten	18⁰⁰
Morgen-Röcke moderne Farben	5⁷⁵	Damen-Mantel blau und engl. Art	9⁵⁰	Damen-Mäntel aus Seide	12⁵⁰	Kostüme auf Halbseide	18⁰⁰
Kostüm-Röcke blau und engl. Art		Bluse in Seide auf Futter		Abend-Mäntel		Seidene Kleider	
Hemden-Blusen Zefirflanell		Srassen-Kleid moderne Façons		Ball-Kleider		Gummifilz-Mäntel wasserdicht	

Normal-Hemden für Herren jedes Stück	1²⁵	Damen-Strümpfe Wolle gestrickt und gewebt	145 1²⁵ 95³
Unter-Anzüge für Kinder, im Alter von 2 bis 12 Jahren	105 80³ 55³	Herren-Socken Wolle und Woll gemischt	95³ 65³ 38³

Damen-Putz	
Die letzten garnierten Damenhüte	Die letzten Hufformen
Serie I jetzt M 1⁷⁵	Serie I jetzt 45³
Serie II jetzt M 3⁷⁵	Serie II jetzt 95³
Serie III jetzt M 5⁷⁵	Serie III jetzt M 1⁷⁵

Kostüme	Reste
ca. 180 cm breit, einfarbig und engl. Art gew. Stoffe, sowie hübsche Streifen etc.	für Blusen, kräftige Qualitäten, in hell und dunkel gestreift etc.
Serie I jetzt Meter M 1⁴⁵	Serie I jeder Rest 95³
Serie II jetzt Meter M 2²⁵	Serie II jeder Rest M 1⁴⁵
Serie III jetzt Meter M 2⁷⁵	Serie III jeder Rest M 1⁷⁵

In allen Abteilungen staunend preiswerte Artikel ausgelegt.

Mode- und Aussteuer-Haus

Hugo Landauer

Kaiserstr. Ecke Lammstr.